V-2 Solidarität muss praktisch bleiben- Vollste Solidarität mit der Ukraine

Antragsteller*in: Katharina Müller
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

Solidarität muss praktisch bleiben: Vollste Solidarität mit der Ukraine

Unsere Generation ist mit Frieden in Europa aufgewachsen, doch dieser Frieden wurde durch die brutale russische Vollinvasion im Februar 2022 beendet. Seitdem durchlebt die Ukraine eine verheerende Krise, die unermüdlichen Kampf und immense Opfer fordert. Putin bestrafte den Freiheitsdrang und das Streben der Ukraine, Teil der europäischen Gemeinschaft zu werden, durch die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine. Seit mehr als zehn Jahren führt Russland nun einen Krieg gegen die Ukraine und gegen die europäische Friedensordnung.

Die Folgen sind auch bei uns spürbar: Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, insbesondere durch die steigenden Energiepreise, die direkt mit dem Konflikt in der Ukraine zusammenhängen. Trotz dieser finanziellen Belastungen müssen wir entschlossen und solidarisch an der Seite der Ukraine bleiben. Ihre unverbrüchliche Entschlossenheit und ihr Kampf um Freiheit verdienen unsere Solidarität und Unterstützung. Der Weg zu Frieden und Gerechtigkeit mag herausfordernd sein, aber gemeinsam können wir die Lasten tragen und für eine gerechte Welt kämpfen.

Solidarität muss praktisch bleiben:

Für die Ukraine begann mit 2024 das wohl schwierigste Kriegsjahr seit der russischen Vollinvasion. Es ist klar, dass Russland diesen Krieg sofort beenden könnte, wenn es wollte. Bisher hat Russland jedoch alle Verhandlungen scheitern lassen und vergangene Abmachungen, wie die Vereinbarungen zur Annexion der Krim, ignoriert. Auch die Bedingungen, die Russland in den vergangenen Monaten gestellt hat, um an den Verhandlungstisch zu kommen, zeigen deutlich, dass Russland derzeit kein echtes Interesse an Frieden hat.

Solidarität mit der Ukraine bedeutet, das Recht eines Landes auf Selbstbestimmung und territoriale Integrität zu unterstützen. Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die europäischen Werte von Demokratie, Menschenrechten und Frieden.

Für uns heißt Solidarität die Stimme derjenigen zu erheben, die unter der russischen Aggression leiden und oft nicht gehört werden. Es heißt, ihre Erfahrungen, Ängste und Nöte in den öffentlichen Diskurs zu tragen und darauf aufmerksam zu machen, was dieser Krieg wirklich bedeutet – Angst, Verlust, Zerstörung und das Ringen um Freiheit. Solidarität heißt, nicht wegzusehen, sondern sich aktiv dafür einzusetzen, dass das Unrecht, das ihnen widerfährt, weltweit anerkannt und verurteilt wird.

Solidarität heißt schließlich, unsere moralische Verantwortung wahrzunehmen und den Eigennutzen und Egoismus beiseite zu legen, um den Kampf der Ukraine für Freiheit, Frieden und Menschenrechte als unsere gemeinsame Sache zu sehen.

Deshalb sagen wir:

- **Die Ukraine entscheidet selbst,** wann sie welche Schritte in Richtung Verhandlungen oder andere weitere Schritte unternimmt.

- **Die deutsche Bundesregierung unterstützt die Ukraine solange wie nötig mit Waffenlieferungen**, um sich gegen Putins brutalen Angriffskrieg zu verteidigen, damit diese im Falle von Verhandlungen aus einer **Position der Stärke verhandeln kann**.

- Wir fordern eine **umfassende und langfristige Unterstützung beim Wiederaufbau der Ukraine.** Dies ist nicht nur ein Akt der humanitären Hilfe, sondern auch ein strategischer Beitrag zur Stabilität in der Region sowie den Weg für einen dauerhaften Frieden und eine erfolgreiche Integration in die europäische Gemeinschaft zu ebnen.

Propaganda entlarven- russische Propaganda in Deutschland systematisch aufdecken und bekämpfen

Neben den physischen Übergriffen spielt auch russische Propaganda eine zentrale Rolle in diesem Konflikt. Sie versucht, die Realität der Vorfälle zu verzerren und die russische Bevölkerung sowie die internationale Gemeinschaft zu beeinflussen und auch hier in Deutschland Fuß Fassen und beispielsweise von der AfD oder dem “Bündnis Sara Wagenknecht” genutzt wird. Die Darstellung des Krieges wird durch Propaganda oft so gelenkt, dass Russland als Befreier und Verteidiger der russischsprachigen Bevölkerung präsentiert wird, während westliche Berichterstattung und internationale Vorwürfe als feindliche Lügen dargestellt werden. Diese manipulativen Informationen sollen Zweifel an den schwerwiegenden Anschuldigungen säen und die Unterstützung für den russischen Kurs sicherstellen.

Wir wollen:

- Dass **Präventionsprogramme in Deutschland gestärkt werden,** um Menschen, die

von der russischen Propaganda beeinflusst werden und möglicherweise in Erwägung ziehen, sich von Deutschland aus dem Krieg in Russland anzuschließen. Solche Programme müssen gezielt aufklären, die falschen Narrative der Propaganda entlarven und Alternativen aufzeigen.

- Außerdem setzen **wir uns für die Förderung von Aussteigerprogrammen ein**, die speziell für Personen entwickelt werden, die aus der russischen Propaganda aussteigen möchten. Diese Programme sollen Menschen unterstützen, die sich von den falschen Narrativen und extremistischer Ideologie distanzieren und wieder einen klaren Blick auf die Realität gewinnen wollen.

- Ebenso wichtig ist es, die **russische Propaganda in Deutschland systematisch aufzudecken und zu bekämpfen**. Sie schürt Fehlinformationen, spaltet die Gesellschaft und gefährdet die Sicherheit und Demokratie in ganz Europa.

Wir alle wollen Frieden in und für die Ukraine. Falls Russland diesen Krieg gewinnen und Teile des besetzten Gebiets halten sollte, besteht die Gefahr, dass andere autoritäre Regime den Eindruck gewinnen, ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg könne sich auch für sie lohnen. Dies stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit von uns allen dar!

Begründung

Inmitten des anhaltenden Krieges gegen die Ukraine werden die Rufe nach (Friedens-) Verhandlungen immer lauter – oft aus einem berechtigten Wunsch nach einem Ende des Leids und der Gewalt. Doch diese Rufe dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein voreiliger Frieden, der die russische Aggression ungestraft lässt, die Sicherheit Europas langfristig gefährden würde. Die Ukraine muss stark bleiben, um ihre Souveränität und Freiheit zu verteidigen. Es ist entscheidend, dass wir nicht nachgeben und Wladimir Putin nicht unterschätzen: Sein Regime hat wiederholt gezeigt, dass es bereit ist, völkerrechtswidrige Kriege zu führen, und dass es langfristige geopolitische Ambitionen verfolgt. Ein aktueller „Frieden“ zu Putins Bedingungen würde die Grundlage für weitere Aggressionen schaffen – nicht nur in der Ukraine, sondern auch in anderen Teilen Europas und der Welt.

Unsere Solidarität mit der Ukraine ist daher nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine strategische Notwendigkeit, um Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa langfristig zu gewährleisten. Zudem müssen wir hier in Deutschland entschlossen auf die russische Propaganda und Desinformationskampagnen reagieren, die den Krieg verzerren und versuchen, das Vertrauen in unsere Demokratien zu untergraben. Es ist wichtig, dass wir Präventionsmaßnahmen verstärken, um zu verhindern, dass Menschen durch falsche Informationen radikalisiert werden und sich dem russischen Narrativ anschließen. Dabei sind Bildungs- und Aufklärungsprogramme essenziell, die besonders jene ansprechen, die anfällig für die russische Propaganda sind und möglicherweise sogar erwägen, sich von Deutschland aus am Krieg auf russischer Seite zu beteiligen.

Durch gezielte Präventionsprogramme müssen wir sicherstellen, dass Fehlinformationen, die Putins Regime verbreitet, aufgedeckt und neutralisiert werden. Dies dient nicht nur dem Schutz der ukrainischen Bevölkerung, sondern auch der Sicherheit und Stabilität hier in Deutschland und Europa insgesamt.